

## »Arbeitsbegriff« auf EU-Ebene

Im April dieses Jahres veröffentlichte die Bundesregierung den Bericht des »Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus«. Dieser orientiere sich bei seiner Fahndung nach entsprechenden Kundgebungen an einem »Arbeitsbegriff« von Antisemitismus, der auf EU-Ebene entwickelt worden sei: »Der Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. (...) Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.« Beispiele sind u. a. »die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen«, oder das »Bestreben, alle Juden kollektiv für Handlungen des Staates Israel verantwortlich zu machen«.« Aber auch: »Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet und verlangt wird.«

Unklar ist, welche Forderungen gemeint sind. Denn es können doch nicht die nach Einhaltung des Völkerrechts, der Genfer Konventionen sowie der UNO-Resolutionen sein, die die zentralen Forderungen der Free-Gaza-Flottille waren und auch im Zentrum der BDS-Kampagne (Boycott, Divestment, and Sanctions) stehen. Dennoch werden beide mit dem Antisemitismus in unmittelbare Verbindung gebracht. Klarer wird die Zielrichtung ein paar Seiten weiter: »Der Begriff ›Zionismus‹ steht seit dem 19. Jahrhundert als Sammelbezeichnung für Bestrebungen von Juden, einen eigenen Nationalstaat zu etablieren. Mit der Gründung des Staates Israel wurde dieses Ziel erreicht. Der Begriff des ›Antizionismus‹ bezieht sich daher auf die Delegitimierung des Staates Israel. Antizionistischer Antisemitismus zeigt sich in einer rigiden Ablehnung der Außen- und Innenpolitik Israels, wobei das konstitutive Motiv dafür in der jüdischen Prägung des Staates gesehen wird.«

Hier haben wir alles zusammen, was den israelischen Staat und die Politik seiner Regierung mit dem Antisemitismuszaun vor der Kritik schützen soll. Dass der Antizionismus sich allein gegen die Besatzung fremden Territoriums richtet und die Realität Israels in den Grenzen von 1967 nicht antastet, wird übersehen. Ebenso wird nicht realisiert, dass die »jüdische Prägung des Staates« nur dann ein Ziel der Kritik ist, wenn in einem gemeinsamen Staat die demokratischen Rechte der Palästinenser geopfert werden. Bei der offiziell noch von allen Parteien vertretenen Zweistaatenlösung interessiert die »jüdische Prägung« des Staates Israel keinen Kritiker, wenn es einen unabhängigen palästinensischen Staat gibt.

Norman Paech